

Beschluss (vorläufig) 14. Leistungsfähiger Staat – Solide Infrastruktur

Gremium: Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum: 06.12.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 14 Haushalt und Finanzen – Verwaltung – Kommunen –
ländliche Räume - Landesplanung – Bauen und Stadtentwicklung –
Ländliche Räume – Digitale Infrastruktur – Sport

Text

1 Für uns GRÜNE steht Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen vor kurzfristigem
2 Gewinnstreben, um auch morgen unseren Kindern noch eine lebenswerte Zukunft
3 bieten zu können. Damit wir unsere Umgebung nachhaltig gestalten, müssen wir
4 gerade beim Bauen und beim Planen von Flächen den Klimaschutz stärker mitdenken.
5 Wir wollen regionales Holz als Material bei Neubauten und der Modernisierung von
6 Gebäuden besonders fördern.

7 Unser Staat muss leistungsfähig sein und bleiben. Zu einer lebenswerten Zukunft
8 zählt für uns auch ein gewissenhafter Umgang mit Steuergeldern und eine solide
9 Haushaltsplanung, die wichtigen Herausforderungen, beispielsweise der Bekämpfung
10 der Klimakrise und der Corona-Pandemie, gerecht wird – ohne dabei nachkommenden
11 Generationen eine untragbare Last aufzubürden.

12 Grüne Politik hat den Anspruch, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben in
13 ihren Kommunen teilhaben können. Dazu gehört die digitale und politische
14 Teilhabe genauso wie der Zugang zu Informationen und zu Mobilität. Wir werden
15 die entsprechende Infrastruktur fördern, so unter anderem den digitalen Service
16 in den Verwaltungen ausbauen. Damit alle eine lebenswerte Zukunft mitgestalten
17 können.

18 Nachhaltiges Haushalten

19 In den vergangenen Jahren konnte Rheinland-Pfalz nicht nur den Landeshaushalt
20 ausgleichen, sondern Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Diese erfolgreiche,
21 nachhaltige Haushaltspolitik ist das Ergebnis grüner Regierungsbeteiligung. Seit
22 2011 stehen wir für eine solide Finanzpolitik und haben den Landeshaushalt
23 aufgeräumt. Wir konnten verfassungsgemäß die Schuldenbremse einhalten. Doch auch
24 in der Haushaltspolitik hat die Coronakrise tiefe Spuren hinterlassen.

25 Die öffentliche Hand ist gefragt, dort zu unterstützen, wo Hilfe notwendig ist.
26 Das hat zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Wir haben auf Landesebene unser
27 Möglichstes getan und den betroffenen Menschen, Kommunen, der Wirtschaft und dem
28 gesellschaftlichen Leben finanziell unter die Arme gegriffen. Wir tun dies in
29 einem angemessenen Rahmen, denn auch das Land hat weniger Einnahmen in bislang
30 noch unbekanntem Ausmaß. Mit den vorgesehenen Hilfsprogrammen im Jahr 2020
31 können wir die rheinland-pfälzische Volkswirtschaft stabilisieren. Diese
32 außergewöhnlichen Ausgaben, die zur Bewältigung der Krise notwendig sind, sind
33 nur aufgrund der soliden Haushaltsführung der letzten Jahre möglich.

34 An der Idee der Schuldenbremse, die in der Krise ausgesetzt wurde, halten wir
35 fest. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein ausgeglichener Haushalt
36 möglich ist. Die mühevoll konsolidierte Haushaltsführung der vergangenen Jahre ist für
37 uns kein Selbstzweck: Es geht vielmehr um unsere Verantwortung gegenüber

38 zukünftigen Generationen und die damit verbundene Verpflichtung, nicht über
39 unsere Verhältnisse zu leben. Diese Verantwortung bedeutet aber auch: Wir dürfen
40 uns nicht auf Kosten der kommenden Generation kaputtsparen. Investitionen in den
41 Klimaschutz sind wichtig. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Weiterentwicklung
42 der Schuldenbremse ein, die im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien
43 zusätzliche Investitionen des Bundes – insbesondere in den Klimaschutz –
44 ermöglicht.

45 Für Rheinland-Pfalz soll in Zukunft verbindlich gelten: Keine klimaschädlichen
46 Investitionen mit Landesmitteln. Die Bekämpfung der Klimakrise ist ein
47 Querschnittsthema über alle Politikfelder. Auch in der Finanzpolitik müssen wir
48 das Thema vorantreiben. Die neu beschlossene Anlagenrichtlinie für die
49 Versorgungsrücklage des Landes legt fest: Aktienkäufe aus Landesgeldern für
50 klimaschädlichen Investitionen in Kohle, Öl- und Gas sind ausgeschlossen. Für
51 uns ist klar: Auf landes- und kommunaler Ebene müssen weitere Initiativen
52 folgen. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Divestment-Strategie für
53 Landesstiftungen, Landesbeteiligungen und ein Beratungssystem für unsere
54 Kommunen.

55 Faire Steuerpolitik

56 Um finanziell sicher aufgestellt zu sein, braucht das Land in und nach der Krise
57 verlässliche Einnahmen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Landes- und Bundesebene
58 für ein gerechteres Steuersystem einsetzen, welches die Besteuerung von Kapital-
59 und Gewinneinkommen (u.a. Kapitalerträge, Dividenden, Pachten) an die
60 Besteuerung von Lohneinkünften anpasst und auf große Vermögen erhöht. Denn
61 gerade große Vermögen sollten konsequenter zur Finanzierung gesellschaftlicher
62 Aufgaben belastet werden, die sich insbesondere in der Krise stark ausgeweitet
63 haben.

64 Vor dem Hintergrund der extremen stark gestiegen staatlichen Ausgaben für
65 Konjunkturpakete aufgrund der Corona-Pandemie, sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt
66 keinen Spielraum für Steuersenkungen.

67 Die Folgen der Klimakrise werden unsere Gesellschaft zukünftig finanziell stark
68 belasten. Auf Bundesebene setzen wir uns daher für einen entsprechenden CO2-
69 Preis ein. Die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO2-
70 Steuer müssen an der volkswirtschaftlichen Schadenshöhe orientiert sein und an
71 die Bürger*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale
72 Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Klimaschädliche Steuersubventionen
73 wollen wir sukzessive abschaffen.

74 Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug
75 werden wir konsequent bekämpfen. Unternehmensgewinne und digitale Umsätze müssen
76 stärker am Ort des Konsums besteuert werden. Deshalb unterstützen wir
77 Initiativen des Bundes, der EU oder auf internationaler Ebene, die zu mehr
78 Steuergerechtigkeit beitragen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen
79 austrocknen. Wir fordern, dass Rheinland-Pfalz die Verhandlung zu diesem Prozess
80 auf Bundesebene anstößt.

81 Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-
82 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet
83 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Deshalb wollen wir die Stellen im

84 Außendienst ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in
85 Rheinland-Pfalz sorgen.

86 Landesbeteiligungen müssen transparent sein. Wir konnten in den letzten Jahren
87 durchsetzen, dass sich das Land aus unnötigen Beteiligungen zurückgezogen hat,
88 indem der Flughafen Hahn sowie der Nürburgring verkauft wurden. Die Kontrolle
89 der Landesbeteiligungen durch das Parlament wollen wir verbessern.

90 Digitale, zukunftsfähige Verwaltung

91 Wir GRÜNE stehen für eine digitale, bürgernahe und transparente Verwaltung. In
92 einem Klick am Ziel. So soll der Behördengang der Zukunft aussehen. Der Service
93 des digitalen Bürgeramtes muss über eine App abrufbar, datenschutzkonform und
94 für alle Bürger*innen verständlich sein. Mit der Onlinewache der Polizei haben
95 wir bereits einen solchen Service auf den Weg gebracht. Wer beispielsweise einen
96 Diebstahl melden will, hat jetzt schon die Möglichkeit, das bequem digital zu
97 erledigen. Auf dieser Grundlage werden wir weiter aufbauen und dafür sorgen,
98 dass Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung des Onlinezuganggesetzes eine
99 Vorreiterrolle unter den Bundesländern einnimmt.

100 Eine bürgerfreundliche Verwaltung ist eine aktiv kommunizierende Verwaltung.
101 Bürgerfreundlichkeit bedeutet, Informationen und Zugänge barrierefrei und in
102 mehreren Sprachen sowie in verständlicher und einfacher Sprache anzubieten. Dazu
103 gehören auch Informationsmaßnahmen zu speziellen Themen. Verwaltung muss immer
104 offen für Anfragen und Anliegen von Bürger*innen sein. Unser Wunsch ist ein
105 Ticketsystem bei dem jede Anfrage online über ein Ticket gestellt wird, das
106 eindeutig zuzuordnen und nachzuverfolgen ist. So gelingt ein einfacher,
107 verlässlicher und digitaler Austausch mit der Verwaltung.

108 Die Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) vereinfacht die Abläufe intern
109 sowie zwischen der Verwaltung und den Bürger*innen. Gleichzeitig kommen wir dem
110 Ziel der papierlosen Verwaltung näher. Die Digitalisierung in der Verwaltung
111 muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Auch in der öffentlichen Verwaltung
112 müssen Risiken digitaler Technologien beispielsweise beim Einsatz
113 algorithmischer Entscheidungssysteme identifiziert und reguliert werden.

114 Zukünftig sollen alle Landesbehörden und -ämter mit offenen WLAN-Hotspots
115 ausgestattet werden. Diese können auch von Besucher*innen und Mitarbeiter*innen
116 genutzt werden.

117 Politik einfach zugänglich machen

118 Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Deshalb
119 möchten wir den Livestream der Landtagsitzungen auch auf die Ausschusssitzungen
120 ausweiten. Transparenz und Nachvollziehbarkeit gelingt nur, wenn Informationen
121 frei zugänglich sind. Ein großer GRÜNER Erfolg für eine neue Kultur der
122 Offenheit und Partizipation in den Verwaltungen ist deshalb die Umsetzung des
123 Landstransparenzgesetzes. Wir wollen dieses weiterentwickeln, um die
124 Veröffentlichungspflicht auch für Kommunen und Hochschulen geltend zu machen.

125 Öffentliche Daten sollen über das Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz
126 einfach abrufbar sein. Die Plattform muss sich sprachlich und inhaltlich
127 deutlich mehr durch Bürgernähe auszeichnen und einen barrierefreien digitalen
128 Zugang zu Informationen erlauben, kommunal- und landespolitisch.

129 Korruptionsprävention

130 Korruptionsbekämpfung muss auf allen staatlichen Ebenen verfolgt werden. Dafür
131 brauchen wir verbindliche Regeln. Deshalb wollen wir das bestehende
132 Lobbyregister ausweiten und eine Karenzzeit von drei Jahren für Mitglieder der
133 Landesregierung sowie Spitzenbeamt*innen einführen. Wir wollen zudem den Schutz
134 von Hinweisgeber*innen gewährleisten. Ein anonymisiertes Hinweisgebersystem kann
135 dabei helfen, dass Korruptionsfälle in Landes- und kommunalen Behörden gemeldet
136 werden. Die bestehende Einrichtung der Vertrauensanwält*innen als wichtige
137 unabhängige Anlaufstellen muss bekannter gemacht werden.

138 Gute Arbeit im Landesdienst

139 Unsere Landesbeamt*innen leisten hervorragende Arbeit. Ihnen gelten unser Dank
140 und unsere Wertschätzung. Ausgedrückt haben wir das in den vergangenen Jahren
141 über eine Steigerung der Beamtensoldung. Das Land als Arbeitgeberin ist überdies
142 auch für das Wohlergehen am Arbeitsplatz zuständig. Wir wollen die
143 Arbeitsbedingungen der Landesbeamt*innen modernisieren und verbessern. Dazu
144 zählt für uns ein umfassendes Gesundheitsmanagement, ein flexibles Modell für
145 Altersteilzeit, eine einfachere Möglichkeit des Wechsels aus und in das
146 Beamtenverhältnis, inklusive einer echten, auch finanziell gesicherten
147 Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung im
148 Beamtenverhältnis sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

149 Lebenslanges Lernen wollen wir unseren Beschäftigten ermöglichen. Wir
150 unterstützen das bestehende breite Angebot des Landes an
151 Fortbildungsmöglichkeiten und sehen aktuell einen besonders hohen Bedarf für
152 Qualifizierungsmaßnahmen im digitalen Bereich. Die Coronakrise führte zu einem
153 riesigen Digitalisierungsschub in unserer Landesverwaltung. Bei diesem Prozess
154 wollen wir alle Landesbediensteten mitnehmen.

155 Zukunftsfähige Kommunen

156 Politik wird in unseren Kommunen greifbar. In unseren Städten, Gemeinden und
157 Kreisen wird unsere grüne klimafreundliche und sozial gerechte Idee konkret,
158 wenn es zum Beispiel um die Frage geht, ob ein Gewerbegebiet auf der grünen
159 Wiese geplant oder die Jugendarbeit ausgebaut wird. Für diese Entscheidungen
160 sind das Recht auf kommunale Selbstverwaltung und eine bedarfsgerechte
161 Finanzausstattung essenziell.

162 Kommunale Ratsentscheidungen müssen für Bürger*innen nachvollziehbarer werden,
163 beispielsweise durch Livestreaming oder informativere Protokolle der
164 Ratssitzungen. Mehr Transparenz in der Kommunalverwaltung heißt für uns aber
165 auch, dass Bürger*innen wissen müssen, welche Nebentätigkeiten von
166 Bürgermeister*innen und Landrät*innen ausgeübt werden und wie viel Geld sie
167 dafür bekommen. Dazu brauchen wir eine verbindliche gesetzliche Regelung im
168 Umgang mit und zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften.

169 Vereinbarkeit von Familie und Beteiligung schaffen

170 Wir GRÜNE wollen die Arbeit in kommunalen Gremien familienfreundlicher gestalten
171 und die Jugendbeteiligung verpflichtend verankern. Dafür benötigen wir
172 Unterstützungsangebote für die Ausübung des Mandats für Menschen mit zu
173 betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen sollen
174 Aufwendungen für die Betreuung erstattet werden.

175 Kommunal Finanzen verbessern

176 Wir wollen lebenswerte und handlungsfähige Kommunen. Deshalb müssen sie über
177 eine ausreichende Finanzausstattung verfügen. Aufgrund der Coronakrise ist die
178 finanzielle Lage der Kommunen, nach einer für eine nicht unerhebliche Zahl von
179 Städten, Kreisen und Gemeinden positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren,
180 massiv ins Wanken geraten. Bund und Land haben Hilfsprogramme aufgebaut, um die
181 Einnahmeverluste der Kommunen abzufedern. Wir GRÜNE haben die Hilfsprogramme des
182 Bundes unterstützt, aber auch kritisiert, dass es noch immer keine Lösung für
183 das Problem der Altschulden gibt. Unser Ziel ist eine stabile finanzielle Lage
184 der rheinland-pfälzischen Kommunen. Um eine Bedarfsgerechte Finanzierung der
185 Kommunen zu gewährleisten, müssen auch die Bundes- und Landeszuweisungen weiter
186 steigen. Parallel möchten wir aber auch die Einnahmesituation der Kommunen
187 nachhaltig verbessern. Die Praxiserfahrungen im Land zeigen: Die von uns
188 angestrebten finanziellen Kommunalhaushaltsausgleiche sowie die
189 Gewerbesteuererinnahmen aus dem Betrieb von PV- und Windkraftanlagen werden die
190 kommunalen Haushalte auf Jahrzehnte stabilisieren und die kommunale
191 Handlungsfähigkeit sowie das bürgerliche Eigenengagement stärken.

192 Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) muss weiterhin konjunkturunabhängig
193 anwachsen. Wir GRÜNE wollen perspektivisch die Methode der Verteilung der Mittel
194 aus dem kommunalen Finanzausgleich auf ein Verfahren umstellen, bei dem klare
195 und nachvollziehbare Kriterien die Grundlage sind. Indikatoren für den
196 Finanzbedarf können dabei beispielsweise die Anzahl der Schulstandorte, die Zahl
197 der Kinder in der Gemeinde oder Sozialleistungen sein. Die Reform des KFA im
198 Jahr 2018, bei der vor allem die hochverschuldeten Städte bedacht wurden, zeigte
199 positive Wirkung. Vor der Coronakrise konnten die rheinland-pfälzischen Kommunen
200 im Durchschnitt ihren Haushalt ausgleichen und mithilfe des kommunalen
201 Entschuldungsfonds Schulden abbauen. Auf Landesebene wollen wir diese
202 gesetzlichen Stellschrauben im Blick behalten, damit nach der Coronakrise die
203 positive Entwicklung fortgeschrieben wird.

204 Das Konnexitäts-Prinzip ist von Land und Bund vollständig einzuhalten.

205 Von den Kommunen verlangte Leistungen wie z.B. der Betrieb von Kindergärten,
206 Schulbuchausleihe, Beförderungskosten für Schüler*innen und weitere
207 Sozialleistungen müssen vollständig von Bund und Land refinanziert werden. Auch
208 auf Bundesebene fordern wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine
209 dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes in der Sozialgesetzgebung. Die
210 bisher geleisteten Pauschalen (Integration, Eingliederungshilfe etc.) sind nicht
211 ausreichend und bilden die Kosten nicht ab.

212 Bei Gesetzgebungsprozessen muss das Land die Interessen der Kommunen auf
213 Bundesebene mit höchster Priorität vertreten, um weitere finanzielle Belastungen
214 durch Bundesgesetze zu verhindern.

215 Wir setzen uns weiterhin für einen Schuldenschnitt für hoch verschuldete
216 Kommunen ein. Ein Altschuldenfonds, der jeweils zur Hälfte vom Bund und den
217 Ländern getragen wird, kann eine Lösung sein. Als Land sind wir bereit, unseren
218 Teil zur Lösung beizutragen.

219 Auch auf kommunaler Ebene fordern wir Haushaltsdisziplin. Die Zeiten für
220 prestigeträchtige Infrastrukturprojekte wie kommunale Hochstraßen oder ein
221 Schlosshotel sind vorbei. Die Kommunalaufsicht hat bei der Einhaltung der

222 Haushaltsdisziplin eine tragende Rolle. Die Prüfung muss transparent,
223 regelkonform, einheitlich und nachvollziehbar auch für kommunale Räte sein. Wir
224 streben daher eine Reform der Kommunalaufsicht an.

225 Kommunale Verwaltung ökologisch und serviceorientiert

226 Kommunale Förderprogramme verbessern das Leben in unseren Kommunen. Deshalb
227 müssen die Vorgaben der Programme am Klimaschutz und der Lebensqualität der
228 Menschen orientiert sein. Damit die Mittel auch vor Ort ankommen, wollen wir
229 Förderlotsen und ein Beratungsangebot auf Landesebene.

230 Wir werden die begonnene Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) weiter umsetzen.
231 Das Leitbild unserer Politik für starke Kommunen ist die Absicherung und
232 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rahmenbedingungen für kommunale
233 Strukturen wandeln sich durch den Bevölkerungsrückgang in einigen Landesteilen,
234 die Lage der kommunalen Finanzen und durch Fortschritte im Bereich der
235 Digitalisierung. Uns GRÜNEN geht es bei einer Reform nicht zentral um
236 Kosteneinsparungen, sondern um die Qualität der Verwaltung und den Service für
237 die Menschen vor Ort. Aus bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen wissen wir:
238 Die Verwaltungsqualität ist in größeren Verwaltungseinheiten deutlich besser.

239 Lediglich auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, kann keine Gebietsreform
240 ersetzen, weswegen wir diese Reform auch mit aller Kraft anstreben. Für uns ist
241 klar: Wo immer interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll ist, wie im Bereich des
242 Nahverkehrs, der Digitalisierung oder im Kulturbereich, soll diese ausgebaut
243 werden.

244 Ländliche Räume stärken

245 Alle Menschen müssen gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
246 Dazu zählt, dass jede*r sich einfach fortbewegen kann – egal, ob in der Stadt
247 oder auf dem Land. Mit unserem Konzept einer Mobilitätswende sorgen wir dafür,
248 dass im ländlichen Raum mit einer Mobilitätsgarantie jede*r mit dem Nahverkehr
249 von A nach B kommt. Dabei setzen wir auf eine bessere Anbindung an überregionale
250 Bus- und Bahnlinien. Aber auch Alternativkonzepte wie E-Dorfautos und On-Demand-
251 Shuttlevverkehr unterstützen das Angebot. Wir wollen Mobilfunk und Glasfaser an
252 jeder Milchkanne in Rheinland-Pfalz und setzen daher auf eine GRÜNE
253 Digitalisierungsoffensive – auch und gerade für den ländlichen Raum.

254 Um den ländlichen Raum weiter zu stärken, wollen wir Dorfbüros schaffen. Um
255 leerstehende Ortskerne wiederzubeleben, wollen wir Projekte vor Ort wie
256 Dorfläden oder Gemeinschaftskneipen mit ehrenamtlichem Personal fördern. Für
257 eine gute gesundheitliche Versorgung überall in Rheinland-Pfalz wollen wir
258 regionale Gesundheitskonferenzen einführen und uns für genossenschaftliche
259 Gemeinschaftspraxen einsetzen. Wir setzen auch im ländlichen Raum auf
260 hochwertige Arbeits- und Fortbildungsplätze sowie auf vielfältige, regional
261 angesiedelte Bildungsmöglichkeiten wie beispielsweise den sehr erfolgreichen
262 Umweltcampus Birkenfeld.

263 Nachhaltige Landesplanung

264 Das Ziel, die Flächenneuersiegelung bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu
265 begrenzen, wurde bundesweit deutlich verfehlt. Mit grüner Flächen- und
266 Bodenpolitik möchten wir hier eingreifen und durch die Verbindung ökonomischer
267 Ziele mit denen für eine nachhaltige, regional angepasste Entwicklung ein

268 starkes Potenzial für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung
269 entfalten. Dafür brauchen wir eine stärkere Ausrichtung von Landesplanung,
270 Raumordnung und Regionalplanung auf regionale Wohnraumbedarfe sowie auf eine
271 nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung.

272 Ökologischer Landesentwicklungsplan

273 Auf Landesebene werden wir uns für eine ökologische Weiterentwicklung des
274 Landesentwicklungsplans IV einsetzen. Dazu gehört für uns die nachhaltige am
275 Klimaschutzziel orientierte Anpassung der Kriterien zur Ausweisung von Flächen
276 für die Erzeugung Erneuerbarer Energien. Dazu gehören ebenso die Aufwertung der
277 Biotopvernetzung in der Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie eine strenge
278 Begrenzung der Neuversiegelung von Flächen. Viele verschiedene Nutzungsformen
279 wie beispielsweise Landwirtschaft oder Straßenbau konkurrieren miteinander um
280 die knappe Ressource Fläche. Um unabwendbare Flächeninanspruchnahmen zu lenken
281 und zu begrenzen, müssen Bodenqualitäten erfasst und die besten davon geschützt
282 werden. Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale Flächenbilanz – das heißt,
283 eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine andere entsiegelt wird. Wir
284 werden uns auch weiterhin für eine transparente und flächenschonende
285 Bauleitplanung auf allen Ebenen einsetzen. Bundesweite Regelungen, welche
286 Planungen ohne Umweltprüfung und Bürgerbeteiligung ermöglichen, lehnen wir
287 vehement ab. Für uns ist der Grundsatz: Innen- vor Außenentwicklung weiterhin
288 die Leitlinie jeder Planung. Dies bedeutet für uns auch vor allem den Bau in die
289 Höhe und Nachverdichtung. Hierbei sind vor allem kreative Lösungen wie etwa die
290 Aufstockung von Supermärkten oder der Umbau von ehemaligen Industriegebäuden
291 besonders zu fördern.

292 Vorrang für eine nachhaltige Dorf- und Stadtentwicklung

293 Bodenspekulationen, welche die Preise künstlich in die Höhe treiben, ohne einen
294 gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, heizen die bestehende
295 Flächenkonkurrenz an. Wir werden die Kommunen aktiv dabei unterstützen, diese
296 Herausforderung zu bewältigen, indem wir uns für eine bundesgesetzliche Stärkung
297 des Vorkaufsrechtes der Gemeinden einsetzen. Wir werden es den Kommunen
298 ermöglichen, Konzeptvergaben Vorrang zu gewähren, sodass sie beispielsweise ein
299 ökologisch-soziales Quartierskonzept gegenüber einer Höchstpreisvergabe
300 bevorzugen können. Dies erleichtert die Umsetzung sozialer und ökologischer
301 Kriterien in der Stadt- und Dorfentwicklung. Grundstücke in öffentlicher Hand
302 sollen möglichst in öffentlicher Hand bleiben. Wir möchten, dass die Gemeinden –
303 selbst wenn hochverschuldet – einen möglichen Flächentausch oder einen
304 Erbpachtvertrag vor einer Veräußerung prüfen. Wir werden dabei gemeinwohl- und
305 ökologisch orientierte Pächter*innen von öffentlichen Flächen bevorzugen.

306 Lebenswerte Städte und Dörfer

307 Unsere Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme sind Investitionen in die
308 Zukunft. Aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise und des Artensterbens
309 müssen wir diese Instrumente dringend an die Herausforderungen unserer Zeit
310 anpassen. Wir werden die Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme an
311 ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten und die vorhandenen
312 Potenziale im bestehenden Gebäudebestand nutzen. Die vielen Planungsebenen
313 wollen wir besser verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame
314 Wirkeffekte erzielen. So wollen wir, dass Klimaschutz-, Hochwasservorsorge-

315 Grünflächen- und Quartierkonzepte ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs-
316 und Bebauungsplänen integriert werden.

317 Hierfür werden wir für unsere Gemeinden und Städte nachhaltige
318 Planungsinstrumente wie beispielsweise den Folgekostenrechner oder den RaumPlus
319 Monitor weiterentwickeln und um Softwarelösungen zur Anpassung an die Folgen der
320 Klimakrise erweitern.

321 Bauen für eine klimaneutrale Zukunft

322 Der Bausektor ist unbestritten ein wichtiger Wirtschaftszweig, in dem unzählige
323 Menschen Arbeit finden. Doch leider werden viele Bautätigkeiten noch nicht an
324 den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet. Für unser Klima und unsere
325 Umwelt bedeutet das hohe Energiekosten und hoher CO₂-Ausstoß bei der Herstellung
326 von Baustoffen, Schadstoffe im Baumaterial, mangelnde Recyclingfähigkeit und
327 teilweise kurze Lebensdauer der Materialien. Wir wollen deshalb das Bauen hin zu
328 einer ganzheitlichen Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und soziokultureller
329 Qualität entwickeln.

330 Priorität für Klimaschutz und Ökologie

331 Die Landesbauordnung enthält zahlreiche Regelungen für die Sicherheit und den
332 Schutz der Menschen in den Gebäuden. Sie enthält aber kaum Regelungen zum Schutz
333 unseres Klimas und unserer Natur. Wir werden dies ändern, indem wir in der
334 Landesbauordnung ökologische Kriterien etablieren, die eine naturnahe Begrünung
335 von Flachdächern, geeigneten Fassaden und Vorgärten zur Pflicht machen. Leblose
336 Schotter und Steinwüsten wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir auf eine
337 Beratung für pflegearme und naturfreundliche Gärten, die wir gemeinsam mit
338 unseren Garten- und Landschaftsbauunternehmen planen und angehen möchten.

339 Wir werden mehr Stellplätze für Fahrräder schaffen, damit jede*r Bewohner*in
340 eines Mehrfamilienhauses eine umweltschonende Alternative zum eigenen Auto vor
341 der Tür hat. Die zukunftsfähige Elektromobilität werden wir bereits bei der
342 Bauplanung beachten und entsprechende Leitungsinstallationen in den Garagen
343 vorhalten.

344 Klimaangepasst und nachhaltig bauen

345 Wir werden in allen öffentlichen Ausschreibungen dafür sorgen, dass wichtige
346 Aspekte wie Ökobilanz, Lebenszykluskosten und Recyclingfähigkeit verpflichtend
347 beachtet werden müssen und weiterhin regionaltypische Baumaterialien, wie Holz,
348 Schiefer oder Blocksandstein, zum Einsatz kommen können. Auch Ausschreibungen
349 auf kommunaler Ebene sollen entsprechende Aspekte berücksichtigen. Mit einer
350 landesweiten Holzbaustrategie werden wir das nachhaltige Bauen mit Holz
351 weiterhin stärken und möglichst zertifizierte, regionale Holzprodukte in
352 öffentlichen Baumaßnahmen bevorzugen.

353 Wir möchten den kommunalen Verwaltungen über das Instrument der
354 Lebenszykluskostenrechnung die Möglichkeit bieten, zukünftig 'günstig statt
355 billig' zu investieren. Höhere Investitionskosten, z.B. in energiesparende
356 Gebäudesanierungen oder eMobilität, die sich nachweislich mittelfristig selbst
357 finanzieren, sollten - unter Berücksichtigung der mit der Investition
358 ausgelösten bzw. eingesparten Klimafolgeschäden - haushaltsrechtlich möglich
359 sein. Die realisierten Einspareffekte sind über die Nutzungsdauer auszuweisen.

360 Die Nachhaltigkeit soll verpflichtend für sämtliche Bautätigkeit in Rheinland-
361 Pfalz werden. Wir werden deshalb für alle öffentlichen Bauvorhaben im Land –
362 seien es kommunale Verwaltungsgebäude, Schulbauten oder KiTas – das
363 Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen anwenden. Denkmalschutz, Energieerzeugung
364 mit Erneuerbaren und Klimaschutz werden wir miteinander verbinden. Die Standards
365 der baubiologischen Qualitätssicherung in der Bauabnahme sind in allen
366 öffentlichen Bauvorhaben zu beachten. Um die Kriterien des nachhaltigen Bauens
367 landesweit einzusetzen, wollen wir eine Förderung des Landes zur Erstellung von
368 Ökobilanzen bei gewerblichen und privaten Neubaumaßnahmen prüfen. Bei Neubauten
369 und Dachsanierungen werden wir eine Solarpflicht einführen.

370 Klimaschutz im Bestand stärken

371 Mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise werden wir in den nächsten Jahren
372 sehr viele Sanierungsprojekte angehen und möchten dabei den Denkmalschutz und
373 den Klimaschutz miteinander verbinden. Wir setzen uns daher für eine kostenlose
374 Erstberatung für energetische Sanierungen im Bestand ein. Wer sich für eine
375 Sanierung und die Verwendung von ökologischen Baustoffen sowie für den Verzicht
376 auf fossile Brennstoffe entschließt, soll dabei vom Land unterstützt werden.

377 Denkmalschutz soll die historische Bausubstanz erhalten. Dabei soll eine
378 sinnvolle und unbürokratische Bewertung des Erhaltenswerten erfolgen, in der
379 eine nachhaltige, wirtschaftliche und barrierefreie Schaffung von Wohn-oder
380 Nutzraum und Nutzung klimaschützender Technik gleichrangig mit dem Erhalt des
381 Alten berücksichtigt wird. Die Sanierung und Weiterentwicklung von innovativen
382 Quartierskonzepten, welche ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen,
383 werden wir weiterhin fördern. Um den vielen Anforderungen gerecht zu werden und
384 eine effiziente und schnelle Planung zu garantieren, werden wir die personelle
385 und konzeptionelle Stärkung der Bauverwaltungen im Land prüfen.

386 Sport verbindet und schafft Lebensqualität

387 Sport fördert die Gesundheit und schafft Begegnung, unabhängig von Alter,
388 Geschlecht, sozialer Herkunft, Bildung, Behinderung, Weltanschauung oder
389 sexueller Orientierung. Fairness und Gerechtigkeit stehen im Mittelpunkt. Sport
390 steigert die Lebensqualität und beugt gesundheitlichen Risiken vor. Weiter
391 vorantreiben wollen wir die Vereinbarkeit von Sport und Klimaschutz durch eine
392 kontinuierliche Förderung von klimafreundlichen Sportprojekten. Sport hat eine
393 Vorbildfunktion. Wir GRÜNE wollen den Kampf gegen Doping weiterführen und die
394 Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendsportbereich stärken.

395 Für eine vielfältige Sportlandschaft

396 Für uns GRÜNE ist Sport mehr als Bewegung. Sport überwindet gesellschaftliche
397 Barrieren, trägt zu Integration und Inklusion in die Gesellschaft bei. Daher
398 wollen wir Inklusion im Sport besonders fördern. Unser Augenmerk liegt auf der
399 Förderung von Sportprojekten für sozial benachteiligte Gruppen. Wir unterstützen
400 Projekte der Verbände und Vereine gegen Rassismus und Gewalt und für Inklusion,
401 Integration und Antidiskriminierung. Die Inklusionslotsen des Landessportbundes
402 wollen wir weiter unterstützen. Sportvereine ziehen insbesondere Kinder und
403 Jugendliche in hohem Maße an. Sie leisten damit einen relevanten Beitrag in der
404 Jugendarbeit innerhalb des jeweiligen Sozialraums. Wir wollen deshalb
405 Jugendsozialarbeit mit der Jugendarbeit in den Sportvereinen stärker verknüpfen
406 und fördern. Einen gemeinsamen Benefit haben Schule und Verein bei einer

407 Kooperation insbesondere in der Nachmittagsbetreuung. Die Schüler*innen erhalten
408 Bewegungsangebote, die Sportvereine neue junge Mitglieder. Zudem spielen
409 Sportangebote in der Ferienbetreuung eine große Rolle. Diese wollen wir stärken.
410 Als Teil einer aktiven Jugendarbeit wollen wir Sportvereine und -verbände dabei
411 unterstützen, eine eigene Kinder- und Jugendvertretung innerhalb ihrer
412 Organisation aufzubauen, die eine gleichberechtigte Mitbestimmung insbesondere
413 bei kinder- und jugendrelevanten Themen zum Ziel hat.

414 Die weitere Entwicklung von eSport aktiv fördern

415 In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Nicht nur in der Forschung oder der
416 öffentlichen Infrastruktur sorgt sie für ein fortschrittliches Miteinander. Auch
417 im gesellschaftlichen Zusammenleben schafft sie neue Begegnungen. Schon längst
418 passiert der sportliche Wettkampf nicht nur auf dem Sportfeld, sondern auch am
419 Computer und an der Spielkonsole. Es entstehen neue Vereine sowie eSport-
420 Abteilungen in bestehenden Sportvereinen und an der Spielkonsole. Der eSport
421 liegt im Trend und es entstehen neue Vereine sowie eSport-Abteilungen in
422 bestehenden Sportvereinen. Bislang ist eSport im deutschen Vereins- und
423 Verbandswesen nicht anerkannt, sodass er weder von steuerrechtlichen
424 Vergünstigungen noch staatlichen Förderungen profitiert. Wir GRÜNE unterstützen
425 die Bemühungen von einigen eSport-Verbänden als eigene Sportart anerkannt zu
426 werden.

427 Auch im eSport muss ehrenamtliche Arbeit gesellschaftlich anerkannt und auf
428 Bundesebene als gemeinnützig eingestuft werden. Landeswettbewerbe für eSport und
429 die Förderung regionaler Initiativen können helfen, Rheinland-Pfalz als
430 attraktiven Ausbildungs- und Veranstaltungsort für eSport zu etablieren. Darüber
431 hinaus sind gezielte Präventionsmaßnahmen und Aufklärungskampagnen zur
432 Suchtgefahr des Gamings, insbesondere bei gefährdeten Gruppen (z.B.
433 Minderjährigen) notwendig.

434 Sportveranstaltungen transparent planen und nachhaltig organisieren

435 Die integrative Kraft von Sport zeigt sich bei Großveranstaltungen. Diese
436 stellen für das Land einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der Erfolg solcher
437 Veranstaltungen muss sich an sozialen und ökologischen Maßstäben messen lassen.
438 Wir setzen darauf, dass die Vergabe und Organisation von Großveranstaltungen
439 transparent verläuft und sich an nachhaltigen Zielen orientiert. Durch ein
440 Mitspracherecht sollen die Bürger*innen beteiligt werden.

441 Zugang zu modernen Sportstätten fördern

442 Damit Sport überall in Rheinland-Pfalz möglich ist, setzen wir uns für den
443 Erhalt und den Ausbau von Sportstätten im Land ein. Wir GRÜNE wollen
444 Sportstätten bedarfsorientiert fördern, sie erhalten und sinnvoll nutzen.

445 Der Sportbetrieb muss sicher und umweltfreundlich stattfinden können.
446 Mikroplastik gefährdet die Gesundheit von Menschen und ist schädlich für die
447 Umwelt. Wir GRÜNE wollen Neu- und Umbaumaßnahmen bei Kunstrasenplätzen fördern,
448 damit der Sportbetrieb sicher, umweltfreundlich und ohne lange Unterbrechung
449 weiterläuft. Daher ist Einstreugranulat aus Mikroplastik für uns genauso tabu,
450 wie eine Kunstrasenfläche die aus nachwachsenden Rohstoffen aus Monokulturen
451 besteht. Insbesondere legen wir Wert darauf, dass Kunstrasen recycled oder
452 umweltfreundlich entsorgt wird.

453 Den Ausbau von Freizeitanlagen im öffentlichen Raum wollen wir fördern, durch
454 das Einbinden von Sportvereinen in die Planung generationenübergreifend Vereins-
455 und Freizeitsport miteinander verbinden.

456 Gut und sicher Schwimmen in Rheinland-Pfalz

457 Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz sicher schwimmen können. Um
458 das zu erreichen, wollen wir Strukturen aufbauen, die Wassergewöhnung und
459 Schwimmen lernen für alle Kinder schon ab Kindergartenalter ermöglichen. Jedes
460 Kind sollte nach der Grundschule schwimmen können. Deswegen brauchen wir
461 Seepferdchen für alle. Auch die Schwimmfähigkeit von Erwachsenen muss
462 unterstützt werden.

463 Wir wollen einen verpflichtenden Schwimmunterricht in den Grundschulen, lokale
464 Bündnisse für die maroden Schwimmbäder im Land, die Förderung von Schwimmkursen
465 sowie flächendeckend ein ausreichendes Angebot an Schwimmbädern. Daher wollen
466 wir eine regionale Schwimmbadplanung gesetzlich verankern und im Rahmen eines
467 Sonderförderprogramms die maroden Schwimmbäder im Land sanieren oder neu bauen.